



Flüchtlinge aus dem berüchtigten Auffanglager Horst besuchen unangemeldet die Landesgeschäftsstelle der Hamburger Grünen. Dort ist man über den Besuch überrascht – und weist jede Mitschuld an den Zuständen in der mecklenburgischen Unterkunft von sich **SEITE 22**

Sie ist noch nicht 16 und macht ein Gesicht, als wolle sie alle umhauen: Yasemin Paul vom Hamburger Sportverein BC Hanseat fährt zur Jugend-Europameisterschaft. Dafür trainiert sie in einem Hinterhof und nimmt die Hämatome auf sich **SEITE 23**



KOMMENTAR:  
JAN KAHLICKE ÜBER HAMBURGS  
FLÜCHTLINGSPOLITIK

## Schikanen müssen aufhören

Raffiniert, wie Hamburg seine Flüchtlinge ab 2006 einfach ausgelagert hat – in die ehemalige NVA-Kaserne Horst in Mecklenburg. Der Stadtstaat hatte endlich einen Weg gefunden, den unerwünschten Gästen das Leben so schwer zu machen, wie es in Flächenländern längst Usus ist: kaserniert in tristen Zweckbauten, fernab von Beratungsstellen, Rechtsanwälten, Ärzten, hilfreichen Landsleuten oder auch nur einem Supermarkt.

Das gefiel den Grünen nicht. Aber die CDU hatte vorgebaut: Mit einem langfristigen Vertrag mit Mecklenburg-Vorpommern bis 2012 stellte sie den grünen Wünschen einmal mehr die Macht des Faktischen gegenüber. Richtig, dass die GAL gleich im Koalitionsvertrag festgezurr

### Die GAL hatte zwei Jahre Zeit, in Hamburg Platz für Flüchtlinge zu schaffen

hatte, aus der schikanösen Unterbringungspraxis schnellstmöglich wieder auszusteigen. Aber genug ist das nicht.

Es kann nicht angehen, dass Flüchtlinge über die vereinbarten drei Monate hinaus in Horst festgehalten werden. Und wenn Hamburger Behörden nach Horst zwangsverschubten Eltern mitteilen, für den Schulbesuch ihrer Kinder sei man leider, leider nicht mehr zuständig, ist das schlicht zynisch.

Dass die Millionenstadt Hamburg keinen Platz für ein paar hundert Flüchtlinge hat, kann als Argument nicht mehr gelten. Schließlich sind die Grünen seit zwei Jahren in der Regierung. Zeit genug, um Platz zu schaffen. Bericht SEITE 22

### SÜDWESTER Das Phantom

Erinnern Sie sich? „Es geht ein Gespenst um“, schrieben Marx und Engels. Gespenst, weil keiner wusste, was mit dem Wort Kommunismus gemeint war; das Manifest, um zu erklären, worum es wirklich ging. Heute scheint's der Begriff „Phantom“ zu sein, der wie ein Gespenst umgeht. So titelte jetzt die Friedrich-Ebert-Stiftung: „Das Phantom der Hansestadt – Armut in Hamburg“. Da haben die Sozen wohl geglaubt, ein Phantom sei etwas, was sich verbirgt. Wie das „Phantom der Oper“: ein Mann, der sich mit seinem entstellten Gesicht ins Souterrain verkrümelt. In Wirklichkeit ist ein Phantom aber etwas Unwirkliches, nicht Existierendes: Das also, was die Friedrich-Ebert-Stiftung einmal sein wird, wenn sie sich noch länger von Musicals inspirieren lässt und von Gespenstern fasset, wo sie harte Realität meint.

# 85 Prozent Sonderfälle

**ENERGIEPREISE** Die EWE zahlt ihren Eigentümer-Kommunen zwar Dividende – zugleich enthält sie ihnen einen großen Teil der Konzessionsabgabe vor. Außerhalb des Heimatmarktes sind die Strompreise zum Teil niedriger

VON GERNOT KNÖDLER

Der Energieversorger EWE steht in der Kritik – nicht nur weil er sich mit seinen KundInnen über Preiserhöhungen streitet, sondern auch wegen seiner Politik gegenüber den Eigentümern. Das sind zu 74 Prozent Städte und Landkreise der Region Weser-Ems. Vertreter von Bürgerinitiativen und Abgeordnete aus Kommunalparlamenten fragen sich, ob der Versorger den Interessen der Kommunen und der dort lebenden Menschen gerecht wird.

Ein ins Auge stechendes Beispiel dafür sei die Art, wie die EWE zwar Dividenden an ihre Eigentümer-Kommunen ausschüttet, ihnen das Geld zugleich aber aus der Tasche ziehe, sagt Janto Just, Abgeordneter der Gruppe „Bürger für Bürger“ im Friesland-Kreistag. Möglich wird das dadurch, dass die EWE beim Gas 85 Prozent ihrer Kunden als Sondervetragskunden führen. Für diese können die Kommunen nur sehr viel geringere Konzessionsabgaben einziehen als für Tarifkunden. Die Konzessionsabgaben werden für die Leitungen fällig, die auf dem Gebiet der Kommunen verlaufen, aber EWE gehören.

Bei einem von EWE angegebene jährlichen Durchschnittsverbrauch von 20.000 Kilowattstunden und 620.000 Sondervetragskunden ergäbe sich für die Kommunen eine Einbuße von fast 24 Millionen Euro. Mehr als eine Drittel der jeweils gut 60 Millionen Euro, die EWE an die Kommunen in den vergangenen beiden Jahren ausschütten, ist dadurch von vornherein weg. Die EWE habe ihre Normalkundschaft in Sonderkundschaft verwandelt, „obwohl in Wirklichkeit natürlich niemand ein echter Sonderkunde mit einem individuellen Tarif ist“, ärgert sich Just.

Besonders unfair findet er dieses System gegenüber den Kommunen, auf deren Gebiet zwar EWE-Leitungen verlaufen, die aber nicht Eigentümer der EWE sind. Ihnen werde ein Teil der Konzessionsabgabe vorenthalten, ohne dass sie von den



Auch ein Projekt unter EWE-Beteiligung: Vorstandschef Werner Brinker besucht den Offshore-Testwindpark Alpha Ventus Foto: dpa

Dividenden profitierten. „Man könnte sagen, über Konzessionsabgabe und Dividende findet eine Umverteilung von den besitzlosen zu den Eigentümer-Kommunen statt“, so Just.

EWE erklärt den hohen Anteil an Sonderkunden mit der historischen Entwicklung. „Das haben die Kommunen über Jahrzehnte hinweg mitgetragen, weil es uns die Möglichkeit gab, flächendeckend die Gasversorgung aufzubauen“, sagt ein Firmensprecher. Nur so habe das Gas mit dem Erdöl konkurrieren können.

Sönke Klug, Sprecher des Landkreises und EWE-Mitgliedertümers Friesland, verweist darauf, dass die Gaskunden von den geringen Konzessionsabgaben profitierten. Gäbe es weniger Sonderveträge, müssten die Kunden die Mehrkosten tragen.

Just verdächtigt die EWE, die Menschen im Weser-Ems Gebiet noch an anderer Stelle zu schröpfen: Außerhalb ihres „Heimatmarktes“ biete die EWE ihren Strom oft günstiger an. Für den Kreistagsabgeordneten gehört das zu einer „verkehrten Welt“, schließlich hielten die Kommunen ja Anteile, um ihre Gebiete günstig zu versorgen.

Der EWE-Sprecher erklärt die Unterschiede mit den Netznutzungsentgelten. Diese lägen in Ballungsräumen bisweilen niedriger. In Einzelfällen habe das Unternehmen, „schon auch mal eine Anwerbsaktion“ gemacht. „Wo die EWE Märkte erobern will, profitieren die Kunden von günstigen Preisen“, sagt, Wolfgang Kellner, Bürgermeister der Miteigentümerin Leer.

Streit gibt es auch darum, wie

### Die EWE

eigentlich Energieversorgung Weser-Ems ist in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aus einem Zusammenschluss lokaler und regionaler Versorger entstanden.

■ **Eigentümer:** Seit 2008 gehören 26 Prozent dem Energiekonzern EnBW, der gehört vier Städten und 17 Landkreisen aus der Region.

■ **Beschäftigte:** 6.500 im gesamten Konzern, der seine Geschäfte bis nach Polen ausgedehnt hat.

■ **Finanzen:** 2009 hat die EWE 5,8 Milliarden Euro umgesetzt und dabei einen Gewinn von 200 Millionen Euro erwirtschaftet.

■ **Angebot:** EWE versorgt 1,4 Millionen Menschen mit Strom und 1,5 Millionen mit Erdgas. Zudem bietet sie Informations- und Kommunikationsdienstleistungen an.

der Erlös aus dem Verkauf der Unternehmensanteile 2008 an den Konzern EnBW verwendet werden soll. Von zwei Milliarden Euro Erlös hätten die Kommunen nur 650 Millionen behalten und stattdessen eine Milliarde als Eigenkapital in das Unternehmen gesteckt, kritisiert Just. Zur Entlastung der kommunalen Haushalte hätten nur die Zinsen dieses Betrags zur Verfügung gestanden. Dieter Baumann von der Gruppe CDU/BFR verlangte im Frühjahr, es müssten 500 Millionen Euro an die Kommunen ausgeschüttet werden.

„Solche Dinge darf man nicht von Jahr zu Jahr betrachten“, kontert Bürgermeister Kellner. Die Kommunen seien bisher gut damit gefahren, das Unternehmen zu stärken, statt schnell Kasse zu machen.

## Hackerangriff auf CDU

**PROTESTE** Vor Angela Merks Auftritt vor Parteifreunden in Lübeck legen Hacker zwei Homepages der CDU im Norden lahm. Die Angreifer geben sich als Türken aus und fordern Toleranz und Religionsfreiheit

Die CDU ist offline: Die Homepages der Landesverbände Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern waren am Dienstag für mehrere Stunden nicht zu erreichen. „Wir haben einen Hackerangriff“, sagte die Hamburger Parteiprecherin Anna Christina Hintze. Auf der CDU-Seite war ein Bild mit dem verformten Wappen des Osmanischen Reichs zu sehen, darunter gaben sich „GHOSt61 & Emre Y“ als Urheber des Hackerangriffs an und fügten hinzu: „Hi Hamburg: We are from Turkey.“

Im folgenden Text fragten die Hacker, wo das Geld für die Integration und die Moscheen bleibe.

„Wo bleibt die Toleranz? Wo bleibt die Religionsfreiheit? Warum siehst du den Splitter im Auge deines Bruders, aber den Balken in deinem Auge bemerkst du nicht?“, hieß es weiter. Der Text endete mit den Worten: „Frau Merkel, wir erwarten Sie in Hamburg.“

Auch auf der Homepage der CDU in Mecklenburg-Vorpommern erschien diese Botschaft. Vermutlich steht die Internet-Attacke im Zusammenhang mit der Regionalkonferenz der CDU-Landesverbände von Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern am Mittwochabend in Lübeck. Parteichefin Angela Merkel will sich dort auch wieder zur Integrationspolitik äußern.

### Im Norden wächst die Nervosität angesichts schlechter Umfrageergebnisse besonders

Die Website der schleswig-holsteinischen CDU war nicht betroffen, allerdings dürfte es in Lübeck heiß hergehen: Vor dem Tagungsort, der Musik- und Kongresshalle, wollen Anti-Atomis demonstrieren. Antiras und Antifas haben ebenso wie Zu-

wanderer-Organisationen angekündigt, zum Nicht-Applaudieren zu erscheinen. Und die Kritiker der Fehmarnbelt-Querung wollen den Geist von Stuttgart 21 beschwören.

Etwa 1.200 Parteimitglieder aus dem Norden haben sich für die Regionalkonferenz angemeldet, denn im Norden wächst die Nervosität angesichts schlechter Umfragewerte besonders: In Kiel stehen der schwarz-gelben Koalition 2011 oder 2012 Neuwahlen bevor, in Mecklenburg wird nächsten September gewählt, und kurz darauf steht Schwarz-Grün in Hamburg vor der Bewährungsprobe. SVEN-MICHAEL VEIT

## Versachlichung verlangt

Zu einer Versachlichung der Integrationsdebatte hat der Bremer Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) aufgerufen. „Was wir momentan erleben“, erklärte der Regierungschef des kleinsten Bundeslandes, „wird einem modernen, aufgeklärten Deutschland nicht gerecht.“ Ressentiments würden geschürt, Spannungen innerhalb der Gesellschaft verstärkt, so Böhrnsen, „und es wird ein Nährboden für Alltagsdiskriminierung gelegt“. Abstrakte Debatten über Einwanderungsbewegungen, die es derzeit gar nicht gebe, sagte er, „lenken vom Nicht-Handeln und der Uneinigkeit der Bundesregierung nur ab“. (epd)